



Mike Mohring
CDU Fraktionsvorsitzender



CDU will Renten endlich auf Westniveau

Schluss mit den niedrigeren Renten im Osten. Das fordert Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus. Der Freistaat wird dazu in Kürze einen Antrag im Bundesrat einbringen. Althaus

wörtlich: „Es kann nicht sein, dass ein Durchschnittsverdiener in den neuen Ländern 18 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch rund 12 % weniger Rente hat als ein Durchschnitts-

verdiener im Westen.“ Auch durch die jüngste Rentenanpassung im Sommer hat sich die Schere nicht weiter geschlossen. Der Ministerpräsident will erreichen, dass die Renten in den

alten und den neuen Bundesländern gleich berechnet werden. „Zwei Rentenformeln in einem Land, das ist nur für eine Übergangszeit hinnehmbar. Sie geht zu Ende“, so Althaus.

Dunkel elfen

Bei Politikern ist es wie bei den Elfen, es gibt Licht und es gibt Schatten. In dieser Woche hat sich eine politische Dunkel elfe an das Licht der Öffentlichkeit gewagt und seine Wahlkampfspritztour durch Thüringen gestartet. Als „Dialogtour“ angepriesen, hat den Kommunisten Bodo Ramelow aber gar nicht der Dialog mit den Wählern interessiert, sondern vielmehr seine eigene Show. Ganz so wie die Dunkel elfen im Märchen, denen nichts mehr am Herzen liegt, als ihr eigenes Wohl. Selbstverliebt und egozentrisch. Und weil sie sich in der langen Zeit der Dunkelheit so an ihre Umgebung gewöhnt haben, schmerzt sie die Helligkeit an der Oberfläche. Sie sehen nicht, wie sich dieses Land seit dem Herbst von 1989 verändert hat und sie wollen nicht wahrhaben, welche große Leistung die Thüringer in dieser Zeit vollbracht haben. Die Thüringer können stolz sein auf ihr Land. Jetzt hat Ramelow ein Schattenkabinett präsentiert, das von überall herkommt, nur nicht aus Thüringen. Die guten Elfen mit ihrem Gerechtigkeitsinn ließen einst den Dunkel elfen den Weg ins Exil offen. Die Wähler sollten es 2009 mit Ramelow und seiner Truppe ebenso machen.

100 neue Lehrer jährlich für eine Schule mit Zukunft



Foto: C.-H. Zitzmann

Thüringen soll jedes Jahr 100 junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Das fordert die CDU-Landtagsfraktion in der in Altenburg beschlossenen Initiative für Thüringen. Wie CDU-Bildungsexperte Volker Emde erläutert, will die CDU dreierlei erreichen: „Junge, gut qualifizierte Nachwuchslieferer sollen im Thüringer Schuldienst eine Perspek-

tive bekommen. Ideal ist es außerdem, wenn in den Lehrerkollegien erfahrene ältere Pädagogen und der Nachwuchs zusammen arbeiten. Schließlich wollen wir unsere erstklassige Lehrer-Schüler-Relation auch für die Zukunft sichern.“ Thüringen gehöre in Sachen Bildung zum Spitzenquartett der deutschen Länder. Beim jährlichen Bildungsmonitor landete der Freistaat dieses Jahr auf Platz 3. Laut dieser Studie ist vor allem das Angebot an Ganztagschulen „bundesweit einmalig.“

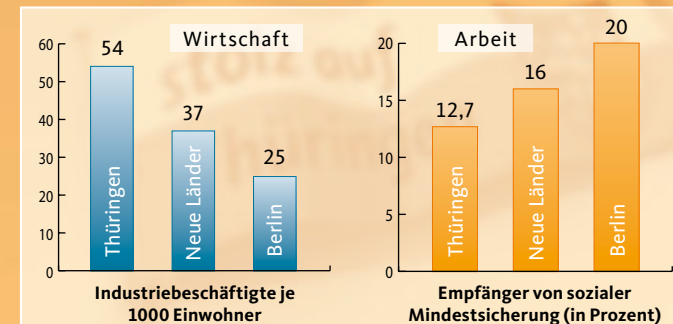
Mitreden - Einmischen - Bewegen: Mehr Lust auf Demokratie

Das Wichtigste in Kürze
Bürgerantrag: 1 %
Bürgerbegehren: 5 % - 10 %
Sammelfrist: 8 Wochen
Bürgerentscheid: 10 % - 20 %

Wer in Thüringen ein Thema auf die Tagesordnung des Gemeinde- oder Stadtrats setzen will, braucht dazu zukünftig nur noch die Unterstützung von 1 % der Bürger statt wie bisher zwischen 4 % und 8 %. Das ist ein Ergebnis des von der CDU im Thüringer Landtag jetzt durchgesetzten Bürgerbeteiligungsgesetzes. Auch für inhaltlich weitergehende Bürgerbegehren müssen nur noch zwischen 5 % und 10 %

der Bürger unterschreiben, statt wie bisher zwischen 13 % und 17 %. Für Bürgerentscheide über Begehren, denen der Rat nicht zugestimmt hat, werden die Hürden ebenfalls gesenkt. Erstmals sind Bürgeranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Landkreisebene möglich. Dazu CDU-Fraktionschef Mike Mohring: „Wir haben die Kernforderungen der Menschen aufgegriffen, die im Frühjahr und Sommer ein Volksbegehren für mehr Demokratie in den Kommunen unterschrieben haben. Die neuen Möglichkeiten können von sofort an genutzt werden.“

Stolz auf Thüringen



Thüringen im Vergleich

Thüringen hat die meisten Industriebeschäftigten und die geringste Arbeitslosenquote unter den neuen Ländern. Darauf hat CDU-Wirtschaftsfachmann Gerhard Günther hingewiesen. Sind im Durchschnitt der neuen Länder 37 von 1000 Einwohnern in der Industrie beschäftigt, so sind es in Thüringen 54 und im

rot-roten Berlin lediglich 25. „Es zahlt sich aus, dass wir in Thüringen konsequent auf den ersten Arbeitsmarkt und Unternehmensansiedlungen gesetzt haben“, so Günther. Das Ergebnis zeigt sich auch an anderen Zahlen: In Thüringen waren nur 12,7 % auf eine soziale Mindestsicherung angewiesen, in Berlin 20 %.

Freistaat macht sich für Handwerker stark



Foto: C.-H. Zitzmann

Bauhandwerker sollen nicht auf unbezahlten Rechnungen sitzen bleiben. Berechtigte Forderungen können jetzt dank einer erfolgrei-

chen Bundesratsinitiative Thüringens besser durchgesetzt werden. Die Länderkammer hat dem von Thüringen mit auf den

Weg gebrachten Forderungssicherungsgesetz zugestimmt. Die Zahl der Pleiten durch nicht bezahlte Rechnungen soll damit deutlich zurückgehen. Wie der Bundesratsexperte der CDU-Fraktion, Gustav Bergemann, ergänzte, soll in einigen Punkten nachverhandelt werden. Thüringen will die Position der Handwerker im Zivilprozess um offene Rechnungen weiter stärken.

Rundfunkgebühren:

CDU will der Abzockerei einen Riegel verschieben

Die CDU Thüringen will die Rundfunk-Abzockerei beenden. Deshalb darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach Meinung des CDU-Medienpolitikers Jörg Schwäblein keine kostspieligen Zusatzangebote mehr schaffen. Die Gerätegebühr will Schwäblein durch eine gerechtere Haushalts- oder Betriebsstättengebühr ersetzen. Damit würde auch die Schnüffelei der GEZ der Vergangenheit angehören.